



Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

Bremen, den 27. Februar 2009

Achtung: Es gilt das gesprochene Wort!

Rede des

Präsidenten des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen

Lothar Spielhoff

vor der Landespressekonferenz am 27. Februar 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Veröffentlichung unserer Jahresberichte 2009 für Land und Stadt fällt in eine haushaltspolitisch besonders schwierige Zeit. Wir haben nicht die Fähigkeiten wie die zahlreichen Auguren, die meinen, die Zukunft genau voraussagen zu können.

Zur **Zukunft Bremens** deshalb nur soviel:

Bremen geht einen schweren Gang. Zwar sind Bremen insgesamt 2,7 Milliarden Euro an Hilfeleistungen für die Jahre 2011 bis 2019 in Aussicht gestellt. In diesen Jahren muss aber erstens das Ziel erreicht werden, das strukturelle Defizit auf Null herunterzufahren und zweitens möglichst auch Schulden von den heute über 15 Milliarden Euro abzubauen. Ob dies gelingt, hängt von einer Reihe, unter anderem folgenden Faktoren ab:

- Entwickelt sich die Wirtschaftskraft so, dass unter anderem die Steuereinnahmen steigen und die Sozialausgaben sinken können?
- Bleibt das Zinsniveau niedrig?
- Gelingen maßvolle Tarifabschlüsse?
- Können Ausgaben gesenkt werden, ohne eine Paralyse des Gemeinwesens zu erzeugen?

Fragen über Fragen, die möglichst alle mit „Ja“ beantwortet werden müssen, um eine positive Prognose überhaupt ansatzweise wagen zu können.

Zurück zur Gegenwart.

Zur Haushaltslage Bremens nur soviel:

Sie ist – trotz der wirtschaftlich guten letzten Jahre – **dramatisch schlecht**. Das gehört inzwischen zum Allgemeinwissen über Bremen. Einzelheiten zur Haushaltslage können Sie dem Jahresbericht – Land – auf den Seiten 13 ff. und der ausliegenden Pressemitteilung entnehmen. Hier nur zwei Zahlen: Die Schulden betragen im geprüften Haushaltsjahr 2007 im Kernhaushalt in Land und Städten 15,38 Milliarden Euro. Die zulässige Neuverschuldung ist 2007 um 300 Millionen Euro überschritten worden.

Es wird sich schon bald zeigen, ob die Politik genügend Kraft hat, auf nicht Notwendiges zu verzichten, um so einen spürbaren Beitrag zur Entlastung der Haushalte zu erbringen. Dann ist aber immer noch nichts gespart worden. Es ist nur weniger auf Pump ausgegeben worden.

Zurzeit rufen die Ressorts noch wie der kleine Häwermann immer nur „mehr, mehr“.

Ich komme nun zu unseren Jahresberichten 2009. Wir haben darin zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, Einnahmen zu erhöhen und weniger auszugeben, nicht zu vergessen die Beiträge, in denen es um Mängel geht, die im Ergebnis wiederum finanzielle Auswirkungen haben.

Leider ist aufgrund von Indiskretionen über einige Themen bereits in den Medien berichtet worden. Ich hoffe, Sie interessieren auch heute noch die entsprechenden Beiträge in den beiden Jahresberichten, zumal sie Facetten enthalten, die bisher noch nicht bekannt geworden sind. Ich komme darauf zurück.

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit hochhalten

§ 7 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung verlangt, dass für alle finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen sind. Die Vorschrift ist kein Selbstzweck: Es soll ein vorgegebenes Ziel mit möglichst wenig Mitteln erreicht werden. Denn das Geld, das dafür ausgegeben wird, ist das der Bürger, und auch Kredite werden mit den Steuern der Bürger zurückbezahlt, mit dem Unterschied, dass nicht wir, sondern unsere Enkel zahlen werden.

Auffällig ist, wie häufig wir feststellen mussten, dass diese Zentralvorschrift der Landeshaushaltsordnung nicht beachtet worden ist:

Sei es, dass die festgelegten Regeln bei den Berechnungen nicht eingehalten worden sind, sei es, dass die Berechnungen fehlerhaft waren und nur deshalb eine Wirtschaftlichkeit behauptet werden konnte, sei es – und das ist besonders schlimm –, dass überhaupt keine oder keine angemessenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen angestellt worden sind. Dabei fehlt es sowohl an Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der Planungsphase als auch an Erfolgskontrollen.

Dies trifft etwa zu auf die Projekte:

Neubau der Zentralküche im Krankenhaus Bremen Mitte: Obwohl die tatsächlichen Investitionskosten – rund 16,3 Millionen Euro - dem damaligen Geschäftsführer bekannt waren, hat er gegenüber dem Aufsichtsrat und dem Ressort nur von 13,5 Millionen Euro gesprochen. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sucht man vergeblich: Dies betrifft nicht nur die Frage Eigenproduktion oder Fremdvergabe, sondern auch die Art der Essenszubereitung. Daneben ist nicht untersucht worden, ob es wirtschaftlicher gewesen wäre, nur das Klinikum Bremen-Mitte zu versorgen und die anderen Krankenhäuser weiterhin dezentral. Auffällig: Die bisherigen Essenskosten pro Tag sind niedriger als die neuen durch die zentrale Versorgung (Jahresbericht 2009 – Stadt – S. 29 ff.).

Neubau einer Hausmeisterwohnung: Sie ist zu groß und zu teuer. Die Fachaufsicht hat das nicht bemerkt, weil sie die Haushaltsunterlage Bau nicht geprüft hat (Jahresbericht 2009 – Stadt – S. 113 ff.).

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen im Krankenhausbau: Warum muss die Wirtschaftlichkeit untersucht werden, wenn Kranke ohnehin versorgt werden müssen? Diese Frage ist uns vielfach gestellt worden. Die Antwort ist einfach, weil ein unnötig teurer Bau Verschwendung ist (Jahresbericht 2009 – Land – S. 143 ff.).

Übertragung der Jugendfreizeitheime auf freie Träger: Dort ist die alles entscheidende Frage nicht geklärt worden, was wirtschaftlicher ist: Übertragen oder Behalten (Jahresbericht – Stadt – S. 47 ff.).

Aktionsprogramm 2010: Mit dem Innenstadt- und Stadtteilprogramm sollten private Investitionen ausgelöst werden. Allerdings hat die Verwaltung nur bei 12 Prozent der Projekte überhaupt private Investitionen angenommen. Die restlichen Mittel sind zum Beispiel für Regelaufgaben der Verwaltung ausgegeben worden. Das eigentliche Ziel des Programms, die Stadt weiterzuentwickeln, kann so nicht erreicht werden (Jahresbericht 2009 – Land – S. 183 ff.).

Auch im laufenden Betrieb muss die Verwaltung die Wirtschaftlichkeit im Blick behalten. So könnte die **Landesfeuerweherschule** durch veränderten Personaleinsatz ihre Kosten um bis zu 190.000 Euro im Jahr senken. Möglich wird dies zum Beispiel durch höhere Lehrverpflichtungen des hauptamtlichen Personals (Jahresbericht 2009 – Land – S. 103 ff.).

Über die Themen „Sail City“ und „Kaiserschleuse“ haben die Medien bereits breit berichtet:

Zum **Umzug der bremenports GmbH & Co. KG** als Ankermieter des Hochhauses „Sail City“ in Bremerhaven hat es keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gegeben. Es ist unterstellt worden, dass ein Neubau sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet.

Regionalwirtschaftliche Effekte sind nicht beziffert worden. Unwirtschaftlich war es auf jeden Fall, auf das Angebot der Vermieterin zu verzichten, für 120.000 Euro das gesamte Mobiliar zu liefern, und es stattdessen für rund 560.000 Euro selbst zu beschaffen (Jahresbericht 2009 – Stadt – S. 75 ff.).

Beim 200-Millionen-Projekt „**Kaiserschleuse**“ gibt es nicht nur tiefgreifende Meinungsunterschiede über das gewählte Vergabeverfahren und die Bewertungen der Angebote. Es gibt auch eine unterschiedliche Schlussfolgerung, ob bremenports 20 Millionen Euro eingespart hat. Um diesen Betrag hat die beauftragte Gesellschaft den Angebotspreis nach Verhandlungen mit bremenports gesenkt. Wir haben festgestellt, dass das Projekt entsprechend abgespeckt wurde, weil das Budget sonst nicht gereicht hätte. Zum Beispiel muss das Bauunternehmen die so wichtigen Ersatzteile für die Schleuse nicht mehr liefern. Ich weiß nicht, ob man es als Einsparen bezeichnen kann, wenn etwa Ersatzteile zu einem späteren Zeitpunkt beschafft werden müssen. Bremenports hat auch eine zinslose Vorauszahlung über 40 Millionen Euro geleistet, für die das Bauunternehmen üblicherweise Zinsen in Höhe von über 4 Millionen Euro hätte zahlen müssen (Jahresbericht 2009 – Stadt – S. 85 ff.).

Das Projekt „**Schaufenster Bootsbau**“, in dem Boote in einer Schauwerkstatt restauriert werden sollen und Besuchern ein Einblick in den Schiffsbau gegeben werden soll, verdient besondere Erwähnung: Nur weil auch EU-Mittel eingesetzt werden konnten, darf auf angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nicht verzichtet werden. Der Hinweis des Wirtschaftsressorts, die Gremien hätten das Projekt genehmigt, ist keine Rechtfertigung für einen Verzicht auf gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungen. Die politischen Gremien müssen sich darauf verlassen können, dass alle Regeln beachtet worden sind (Jahresbericht 2009 – Stadt – S. 61 ff.).

Aufsicht über Gesellschaften und andere verbessern

Ein weiteres Thema, das ich ansprechen möchte, betrifft die Aufsicht der Ressorts über ihre Gesellschaften und andere ausgegliederte Einheiten. Wir haben immer wieder feststellen müssen, und können das auch in diesem Jahr feststellen, dass es dabei nicht zum Besten steht.

Wenn uns etwa zum **Neubau der Kaiserschleuse** das Ressort sagt: Die Verlagerung des operativen Geschäfts in eine Eigengesellschaft beinhalte, dass sie den Schleusenneubau eigenverantwortlich wahrnehme. Dann sagen wir: Das entbindet das Ressort aber nicht, seinen Aufsichtspflichten über dieses Großprojekt nachzukommen.

Auch das Wissenschaftsressort muss seiner Aufsicht über das **Studentenwerk**, einer Anstalt öffentlichen Rechts, besser nachkommen. Wenn schon die Mensen und Cafeterien so groß sind, dass Bedienstete unter anderem der Hochschulen mitessen können, dürfen diese Essen auf keinen Fall subventioniert werden. Nicht-Studierende zahlen in der Regel zwar höhere Essenspreise als Studierende, vollkostendeckende Preise werden von ihnen aber nicht verlangt. Das Ressort muss die bestehende Praxis nun überprüfen (siehe Jahresbericht – Land – S. 127 ff.).

Im Baubereich hatte das Finanzressort zugesagt, seine **Fachaufsicht im Immobilienbereich** zu verbessern. Es hat diese Zusagen nicht eingehalten. Der Rechnungshof hat in Nachschauprüfungen nach wie vor die gleichen Mängel wie in den vergangenen Jahren festgestellt: Bremen kann die Bauausführung nur eingeschränkt kontrollieren, weil die Baumaßnahmen mangelhaft dokumentiert sind, gemeinsame Aufmaße nicht durchgeführt, die Baukosten nicht kontrolliert worden sind. Es gilt das Prinzip Hoffnung, dass alle beauftragten Handwerksunternehmen korrekt und ehrlich abgerechnet haben (siehe Jahresbericht – Land – S. 191 ff.).

Über die Aufsichtspflichten gegenüber Bremer Tochtergesellschaften hinaus gibt es weitere gesetzliche Aufsichtspflichten, denen Bremen aus gutem Grund ebenfalls nachkommen muss: Als Beispiel hierfür möchte ich die Aufsicht des Sozialressorts über die Heime, die sogenannte **Heimaufsicht**, anführen. Das Gesetz schreibt vor, jedes Heim mindestens einmal im Jahr zu prüfen. Das ist nicht geschehen. Die Qualität der Pflege ist zu wichtig, um unbeaufsichtigt zu bleiben. Das Sozialressort hat auch auf Gebühreneinnahmen verzichtet: Für die Aufsicht über die Heime hätte es jährlich rund 537.000 Euro einnehmen können (siehe Jahresbericht – Land – S. 149 ff.).

Weitere Baustellen

Große Probleme gibt es auch im **Kataster- und Vermessungswesen**. Die technische Entwicklung hängt in Bremen weit zurück. Wäre beispielsweise das Kataster digitalisiert und würde mit Hilfe von Satelliten vermessen, könnte die Arbeit schneller und mit weniger Personal erledigt werden. Wegen dieser Rückständigkeit kann Bremen noch nicht einsparen. Gleichzeitig ist das Personal besser bezahlt als in den anderen Stadtstaaten. Fast 1 Million Euro ließe sich bei vergleichbarer Bezahlung jährlich einsparen. Das gilt für den Eigenbetrieb GeoInformation, der für die Stadt Bremen zuständig ist.

In Bremerhaven ist die technische Entwicklung weiter. Bremerhaven hat aber auch vom Land über mehrere Jahre insgesamt 1 Million Euro mehr erstattet bekommen, als vereinbart war.

Dagegen ist GeoInformation seit Jahren unterfinanziert. Für Abhilfe hat das Ressort nicht gesorgt. Das Ressort hat begonnen, GeoInformation zusätzliche Mittel bereitzustellen, um das Problem zu beheben (siehe Jahresbericht – Land – S. 161 ff. und 171 ff.).

Zum Schluss zum **Übersee-Museum**: Als Stiftung des öffentlichen Rechts darf das Museum das Stiftungskapital nicht angreifen. Genau das ist aber passiert: Das Museum hat ein Defizit von über 1 Million Euro aufgebaut und mittlerweile das Stiftungskapital unzulässigerweise angegriffen (siehe Jahresbericht – Land – S. 93 ff.).

Sie sehen: Finanz- und Aufsichtsprobleme überall.